



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Pressemitteilung:

§219a - Streichung bleibt das Ziel

Zu der heute im Bundestag beschlossenen Reform des §219a, der die Information über Schwangerschaftsabbrüche regelt, erklärt die Bremer Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski:

„Der jetzt vorliegende Kompromiss ist zwar ein Fortschritt gegenüber der aktuellen Rechtslage, da er Klarheit darüber schafft, welche Informationen erlaubt sind und welche nicht. Allerdings ermöglicht er Ärztinnen und Ärzten weiterhin nicht, in ihren eigenen Worten darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und, wenn ja, mit welcher Methode. Dies sind aber Informationen, die für einen selbstbestimmten Entscheidungsprozess einer Frau unbedingt notwendig sind.“

Der vorliegende Kompromiss bewirke zudem nichts gegen die bestehende Stigmatisierung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, so Ryglewski. „Stattdessen werden mit der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Auftrag gegebenen Studie, Argumente radikaler Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen befördert. Die Studie unterstellt pauschal, dass ein Schwangerschaftsabbruch zu schwerwiegenden psychischen Problemen führt. - Deshalb habe ich bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag gegen das vorliegende Gesetz gestimmt und werde weiter für einen Gesetzentwurf der SPD zur Abschaffung des §219a kämpfen.“

Berlin, 21.02.2019

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-71595
Fax: +49 30 227-76212
sarah.ryglewski@bundestag.de